

Der Angriff auf die Euro-Zone

Hat der Angriff das Globalisierungsmuster verändert?

Wer hat diese Krise gesteuert?

Wie hat sich die Vermögens- und Machtkonstellation verändert?

Was ist mit unserem Rechtfundament geschehen?

Eine Analyse von *MacroAnalyst*

alle Rechte bei

Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de

Juni 2010

Gliederung

I. Das Muster der Globalisierung

1. Das Muster der langfristigen Entwicklung der Globalisierung
2. Einordnung der Subprime-Krise in 2008 in dieses Muster

II. Die Entwicklung des neuen Angriffs auf die EURO-Zone

1. Das Ziel: Vermögenskonzentration
 - o Global Financial Capital steuert diese Krise*
 - Erster Handlungsstrang: Governance und Geldpolitik*
 - Zweiter Handlungsstrang: Governance und Fiskalpolitik*
 - o Krisen nicht mehr konsekutiv*
2. Das Ziel: Staatsabbau - hier der Schwerpunkt Europa
 - o Erster Handlungsstrang: Transfer von Rechten*
 - o Zweiter Handlungsstrang: Ständige Erweiterung der EU*
 - o Dritter Handlungsstrang: Die Schaffung der Euro-Zone*

III. Die systemische Einordnung des Angriffs auf die EURO-Zone

1. Zentrale Bestandteile des Grundgesetzes werden aufgehoben
2. Das Völkerrecht wird gebrochen

FAZIT

I. Das Muster der Globalisierung

Ein bisheriger Schwerpunkt von MacroAnalyst war die Analyse des Mega-Musters der Globalisierung - der Aufstieg von Global Financial Capital (GFC) (Leitthema 1 und 2). Die Frage stellt sich, wie der neue Angriff auf die Euro-Zone in dieses Muster passt. Was also bedeutet: „Hier wird im Moment von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Euro-Zone geführt. Das geht weit über wirtschaftliche Erwägungen hinaus“ (Jochen Sanio, BAFIN-Chef, vor einem Ausschuss des Bundestags, 2010).

1. Das Muster

Die folgenreichste systemische Entwicklung des abgelaufenen Jahrhunderts ist die Herausbildung einer neuen Makro-Architektur. Diese Architektur folgt einem klaren Muster - der Libertarisierung der globalen Wirtschaft.

Libertarisierung, als Megatrend, führt zur Herausbildung einer neuen globalen Machtstruktur. Die Spitze der neuen Machtpyramide hat GFC übernommen – in der speziellen Ausprägung von Investment Banking. Das Finanzkapital hat sich damit auch oberhalb des Realkapitals positioniert.

Die Machtausstattung wird zur Verfolgung zweier großer Ziele eingesetzt: Erstens zur Umverteilung des Welteinkommens und der Weltvermögensbestände. Zweitens zur Durchsetzung des neuen Koordinierungsschemas „Markt statt Staat“. Ökonomische wie gesellschaftliche Entwicklungen sollen über den Markt, nicht mehr über die Politik geregelt werden.

Zusammen mit der Umverteilung der Weltvermögen löst GFC den Primat der Politik ab. Die Nationalstaaten werden zuerst unterminiert, dann schrittweise abgebaut, schließlich sollen sie ganz aufgelöst werden. Der Markt soll an die Stelle des Staates treten.

2. Einordnung der Subprime-Krise in 2008 in dieses Muster

Der Megatrend „Markt statt Staat“ war bis zum Ausbruch der Subprime-Krise intakt. Inmitten der Subprime-Krise zeigten sich jedoch auffällige Veränderungen. Der Staat stellte plötzlich Rettungspakete von ungeahnten Dimensionen zur Verfügung.

Das führte zu der weit verbreiteten Einschätzung, der Staat gewönne alte Machtpositionen zurück. Die These von der Rückkehr des Staates, das war die dominierende Fehlinterpretation der Subprime-Krise.

Als richtig hat sich hingegen die Einschätzung erwiesen, der Staat sei lediglich vorletztes Glied in einem raffiniert inszenierten Drehbuch der Umverteilung von Vermögen und Macht. Der Staat hat die schwache Stellung offenbart, die ihm im Zuge der jahrzehntelangen Libertarisierung der Weltstrukturen zugewiesen worden ist.

Der Einsatz von Staatsfinanzen in der Subprime-Krise in bis dahin kaum vorstellbaren Maße diente lediglich einem Zweck, nämlich gerade der

Wiederherstellung des dominanten Musters. Es ging nicht um die Änderung, sondern um die Reparatur des Megatrends.

Bei dieser Art der Krisenbewältigung sind Politiker fast ausschließlich dem Druck von oben, von Global und European Governance, ausgesetzt. Ein entschiedener Gegendruck der Bürgerinnen und Bürger fehlt bisher. Deswegen sind die es dann auch, denen die Reparaturkosten aufgebürdet werden.

II. Die Entwicklung des neuen Angriffs auf die EURO-Zone

Der Angriff auf die EURO-Zone hat eine Flut von Analysen ausgelöst. Bemerkenswert ist, dass dieser Angriff eine neue Sicht auf den Charakter der EU hervorgebracht hat. Wir können inzwischen eine breite Qualität von Europa-Kritik registrieren, die es bis dahin nur vereinzelt gegeben hat. Es fehlt jedoch noch immer die Einordnung der europäischen in die globale Entwicklung. Den entscheidenden Durchblick kann jedoch nur die Frage bringen, wie diese Attacke in die systemische global-ökonomische Entwicklung einzuordnen ist. Die Antwort darauf lässt sich aus einem Blick auf die beiden großen Ziele der Mega-Entwicklung gewinnen.

1. *Das Ziel: Vermögenskonzentration*

Was ist passiert? Wer hat die Krise angelegt? Sind die Spekulanten *oder* die Politiker schuld? Schon diese häufig in den Vordergrund gerückte Fragestellung ist so nicht richtig. Es geht um die systemische Entwicklung, also nicht um ein Entweder/Oder, sondern um das Zusammenwirken der Kräfte im System.

o Global Financial Capital steuert diese Krise

Auf den Märkten treffen sehr unterschiedlich ausgestattete Kräfte aufeinander: Mitspieler (auch Laien) und Führungskräfte. Beliebt ist nun das Spiel, jeweils diejenigen als Täter auszumachen, deren Lager man selbst nicht angehört.

Schon in der Subprime-Krise war zu lesen, die Immobilienkäufer seien die eigentlich Schuldigen gewesen, weil sie unverantwortlich exzessive Kreditbelastungen eingegangen seien. Dass ohne deren individuelles Fehlverhalten dieses Gesamtspiel nicht gelungen wäre, ist offensichtlich. Dass aber die eigentliche Inszenierung der Krise auf hochprofessioneller Ebene von Global Financial Capital erfolgte, stellte sich dann spätestens mit dem Ablauf der Krise deutlich heraus (Leitthema-1: Subprime).

In der jetzigen Krise wird abermals häufig versucht, die „Politiker“ mit ihrem Hang zum Schuldenmachen ganz in den Vordergrund zu rücken. Auch jetzt aber liegt auf der Hand, dass Investmentbanking (und mit ihm verbundene Akteure) die Führungsrolle bei der Inszenierung der neuerlichen Umverteilungsaktion übernommen haben. Zwei strategische Handlungsstränge unterstreichen dies:

Erster Handlungsstrang: Governance und Geldpolitik

Analytischer Ausgangspunkt der letzten drei Krisen ist die Geldpolitik. Nichts, aber auch gar nichts ist in der Praxis zu Beginn dieses Jahrhunderts mehr übrig von den Lehren des „größten Geldpolitikers des 20. Jahrhunderts“, Milton Friedman. Es sind ja nicht nur die Zentralbankzinsen drastisch gesenkt worden („Money for nothing“). Inzwischen haben die amerikanische, die englische und nun auch die europäische

Zentralbank die seit dem II. Weltkrieg geltende absolute rote Linie überschritten und kaufen in großem Stil Staatsanleihen auf (Anwerfen der Notenpresse). Dies ist nicht die „Amerikanisierung der Geldpolitik“ (G. Braunberger - FAZFinance.Net 11.5. 2010) – es ist die „Globalisierung der Geldpolitik“. Die Grundausrichtung der Geldpolitik ist ein Produkt des Zusammenwirkens von GFC und Global sowie European Governance. Schon hier zeigt sich die Wirkungsmacht von GFC, das die Flutung der Weltfinanzmärkte mit Geld über seine politischen Kanäle durchsetzt. Und entscheidend ist: Ohne Monetarisierung, keine Kreditaufblähung. Die Geldpolitik, das ist die Mutter aller Blasen.

Zweiter Handlungsstrang: Governance und Fiskalpolitik

Der zweite Handlungsstrang, der diese Krise aufgebaut hat, war der Einfluss von GFC auf die nationale Fiskalpolitik. Das ist ein weiterer Aspekt von Governance. Ohne die Mitwirkung von Spitzenpolitikern ist diese Runde ja nicht denkbar. Systemisch interessant ist, wie deren Führung organisiert wurde.

Die New York Times hat die konkrete Wirkungskette aufgedeckt: (NYT, Wall St. Helped to Mask Debt Fueling Europe's Crisis; 13. Feb. 2010).

Demzufolge hat die Investment Bank Goldman Sachs bereits in 2001 begonnen, Griechenland mit komplexen Finanzkonstruktionen zu helfen, Milliarden an Staatsschulden so aufzunehmen, dass es in der europäischen Öffentlichkeit nicht bekannt wurde. „Mit ‚Wall Street's help‘ hat Griechenland dann eine Dekade lang die europäischen Schuldengrenzen umgangen“.

(MacroAnalysts Kommentar hierzu: Dass dies angeblich die Budgetüberwachung der EU-Kommission nicht bemerkt haben soll, gehört zu den Merkwürdigkeiten der allgemeinen Berichterstattung zu diesem Fall. Bei der engen funktionalen Zusammenarbeit zwischen European und Global Governance ist das nicht vorstellbar. Die sehr laxen Kontrollen der EU passen ins Bild).

Ausdrücklich hebt die NYT die Parallele zur Subprime-Krise hervor: Wie damals hätten Finanzderivate eine Rolle gespielt. „Von Goldman Sachs, JPMorgan Chase und einer ganzen Reihe anderer Banken entwickelte Instrumente hätten es Griechenland, Italien und anderen ermöglicht, den Anstieg ihrer Verschuldung zu maskieren“.

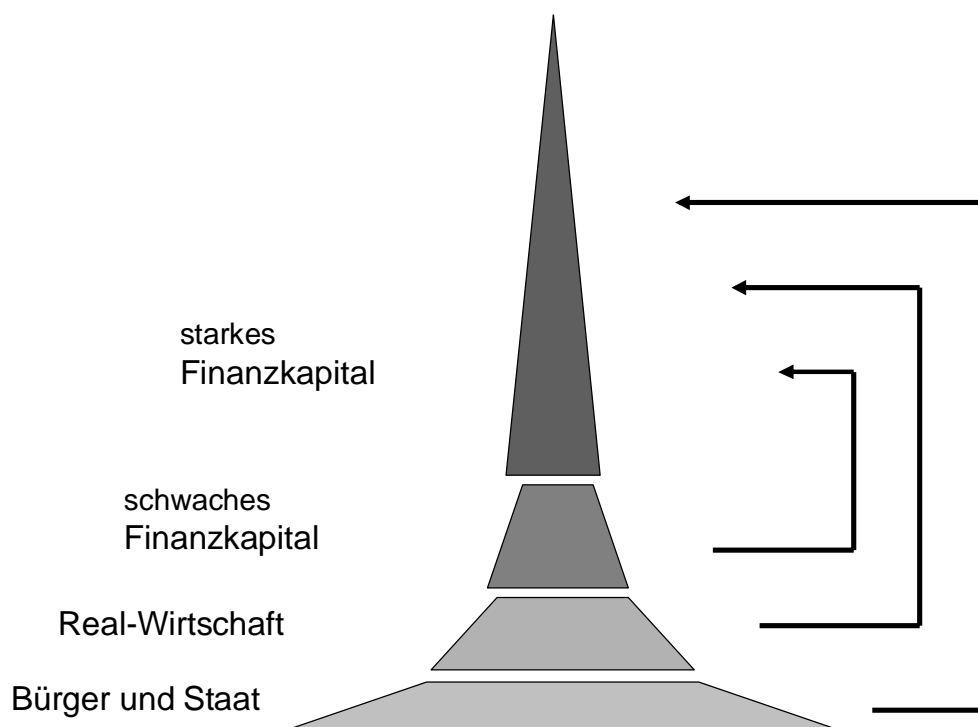
Das Verhältnis von Politik und Global Financial Capital charakterisiert das Blatt so: „Politiker wollen den Ball nach vorne spielen und wenn ihnen ein Banker den Weg zeigt, wie man ein Problem in die Zukunft verschiebt, dann machen sie das auch“. Umgekehrt beuten Banker begierig diese ‚highly lucrative symbiosis with free spending governments‘ aus. Allein für die Transaktion in 2001 zahlte Griechenland Honorare von etwa 300 Millionen \$“.

Das Fazit: GFC bildet also auch bei dieser Krise das erste Glied der Ursachen-Kette. Zunächst werden die Finanzmärkte mit billigem Geld geflutet. Dann muss dieses Geld Anlagefelder finden. Im Falle des Angriffs auf die Euro-Zone sind dies die höher verzinslichen Kredite, die europäische Staaten am Kapitalmarkt aufnehmen. Führende Politiker werden im zweiten Schritt auf dem üblichen Weg dafür gewonnen, diese Geschäfte einzufädeln („abgrundtiefe Korruption“; Otmar Issing, ex-Chef-Volkswirt der EZB).

Ein mit diesen strategischen Entwürfen verbundenes Risiko ist vorhanden, aber gering. So lange es gut geht, kassieren die Banken die lukrative Zinsdifferenz. Platzt die Blase schließlich, weil die Staaten nicht mehr zahlen können, tritt der Alarmfall ein. Die Angelegenheit wird zum systemischen Risiko erklärt. Der Alarm „Too big to fail“ stößt auf bereits geübte Ohren. Die nationalen Exekutiven zahlen zügig. Die Abgeordneten winken die Pakete ungeprüft durch. Die Last wird an Bürger und Bürgerinnen weitergereicht.

Die Umverteilungspyramide zeigt den Fluss des Geldes: Im Falle der Attacke auf die Eurozone ist es der Pfeil von der unteren an die obere Pyramidenschichtung.

Umverteilung von Einkommen und Vermögen



Quelle: www.MacroAnalyst.de

o Krisen nicht mehr konsekutiv

Eine wesentliche Lehre ist aus dieser neuen Krise zu ziehen. Die großen Krisen der Wirtschaftsgeschichte sind auf der Zeitachse konsekutiv abgebildet. Eine Krise folgte der vorangegangenen in aller Regel mit einem größeren Zeitabstand. Der Angriff auf die Eurozone zeigt es deutlich: Dieses Muster ist aufgelöst.

Die Krisen der vergangenen Jahrhunderte waren noch eng mit der Entwicklung der Realwirtschaft verknüpft. Entzog eine Wirtschaftskrise dieser den Boden, bedurfte es einer gewissen Zeit, um die Erholung der real produzierenden Wirtschaft reifen zu

lassen. Erst mit der Vollendung einer längeren Boomphase entwickelte sich dann der nächste Abschwung.

Das Denken in diesen Kategorien ist tief verankert. Kein Wunder also, wenn in 2008 die nächste Krise für etwa 10 Jahre später angesetzt wurde (Streeck, Lektion zum Kapitalismus; FAZ,-Archiv, 28. Sept. 2008)

Diese Prognose basierte auf der impliziten 1:1-Übertragung realwirtschaftlicher Abläufe auf die Finanzwirtschaft. Die für die Zeit der Dominanz der Realwirtschaft im Industriekapitalismus typische Abfolge von Bildung > Forschung > Entwicklung > Produktion > Absatz wurde auch als maßgebend für die Phase der Dominanz von Global Financial Capital unterstellt - samt Reife- und Niedergangszeiten der einzelnen Kettenglieder.

Dieses Denkmuster aber ist nicht mehr zutreffend.

Man vergleiche – als krasses Beispiel - die Produktion einer Hi-Tec Werkzeugmaschine mit der Produktion von Hi-Tec Finanzprodukten. Braucht es bei der einen Produktionszeiten von mehreren Monaten, können Finanzprodukte per Mausklick in Sekunden vervielfacht und an die Abnehmer ausgeliefert werden.

Vor allem ist die Clusterbildung zwischen industriellen und finanziellen Vorgängen außerordentlich unterschiedlich. Realwirtschaftliche Konjunktoren entwickeln sich in Abhängigkeit von Konsum der Privaten und des Staates, von Lieferbeziehungen zwischen Rohstoffproduktion, Zulieferer-Produktion bis zur industriellen Produktion, von Entwicklung der Handelsbedingungen in aller Welt. Alles Zeit raubende Vorgänge.

Der Angriff auf unterschiedliche Staatenwelten über deren Verschuldungsmuster kann hingegen schon eingeleitet werden, während am Angriff auf die Subprime-Kunden noch gearbeitet wird. Goldman Sachs drückte den Knopf für die jetzt erfolgte Detonation immerhin bereits in 2001 – das war gerade zu der Zeit, als die Dotcom-Blase platzte und es war noch acht Jahre vor dem Ausbruch der Griechenlandkrise.

Die zeitlichen Abfolgen sind sehr unterschiedliche.

Einzelne Player können heute systemische Katastrophen auf den Weg bringen, die in der industriellen Produktion in einer vergleichbaren Detonationskraft unmöglich waren. Hatten wir es im Industriekapitalismus mit vielen und dezentral arbeitenden Kraftquellen zu tun, stehen wir jetzt hoch konzentrierten Kraftpaketen gegenüber, die in wenigen Sekunden den Dow-Jones um 1000 Punkte abstürzen lassen können, um ihn wenig später wieder auf den Ausgangspunkt zurück zu fahren. Ist dies heute nur als Warnschuss gedacht, um zu zeigen, was bei einem nicht zustande kommenden Rettungspaket passiert, kann es morgen systematisch die Industrien ganzer Kontinente einbrechen lassen.

Langlaufende können neben kurzlaufenden Torpedos zur gleichen Zeit detonieren. Die von GFC auf die Reise geschickten Torpedos folgen nicht mehr dem zeitlichen Muster von Konjunkturschwankungen oder Strukturbrüchen realer Unternehmen. Sie werden nicht konsequent, sondern einem noch nicht erkennbaren Zeitmuster folgend abgefeuert.

Hinzu kommen unvorhersagbare finanzielle Dimensionen. Wer in aller Welt hätte Ende 2008 auch nur annähernd ein Rettungspaket von 750 Milliarden für das Frühjahr 2010 vorauszusagen gewagt?

Bei solchen, von der Öffentlichkeit nicht erkennbaren Abläufen, Ursachenketten und Dimensionen sind auch die Einschläge vorerst weder von Wissenschaft, noch von Beratung, noch von Politik kalkulierbar.

Das zur neuen Phase der Dominanz von GFC passende Krisenablaufmuster wäre erst noch zu erforschen.

Auf jeden Fall ist es kein Kondratieff-Zyklus mehr. Der war untrennbar verbunden mit dem Industriekapitalismus. Jetzt gilt das libertäre Grund-Muster. Um diesen Mega-Trend herum keine Schwankungen nach dem Muster von Konjunkturen, sondern eher eine toxische Suppe, an deren Oberfläche die Blasen chaotisch platzen, mal die eine oder andere, mal hier, mal dort. Alles aber bewegt sich auf das libertäre Ziel hin: Markt statt Staat.

2. Das Ziel: Staatsabbau - hier der Schwerpunkt Europa

Das herrschende Globalisierungsmuster hält als zweites Ziel die Durchsetzung des neuen Koordinierungsschemas „Markt statt Staat“ bereit. Nicht die Politik, sondern der Markt soll die ökonomischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen regeln. Der Kurs:

Zuerst werden die Nationalstaaten unterminiert, dann schrittweise abgebaut, schließlich sollen sie ganz aufgelöst werden. Der Markt soll an die Stelle des Staates treten, seine Betreiber an die Stelle von Politikern.

Europa ist – nach den USA – die heute am weitesten in dieses Schema eingepasste Weltregion. Das Programm läuft unter den geschickt gewählten Titeln „Europäische Einigung“, „Vertiefung“, „Integration“. Mit der jetzigen Attacke auf den Euro kommt bereits der dritte Handlungsstrang zum Einsatz.

Der erste Handlungsstrang war die schleichende Abtretung nationaler Rechte an den „Common Market“ ab 1957. Dies hat die Nationalstaaten, an denen unsere demokratischen Rechte hängen, immer stärker ausgehöhlt. Die supranationale, völkerrechtlich organisierte Ebene hat an Macht hinzugewonnen, was die nationale, demokratisch verfasste Ebene abgegeben hat. Heute kommen tektonische 84 % aller Rechtsakte aus Brüssel, 16 % sind Berlin verblieben. Den Primat der Politik gibt es hier schon nicht mehr.

Der zweite Handlungsstrang war die ständige Erweiterung des supranationalen Gebildes. Wurde die EWG noch mit sechs homogenen Staaten gestartet, so waren es 1989 bereits zwölf. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es dann kein Halten mehr: In einer großen Erweiterungsrunde wurde die EU auf 27 Mitglieder hochgefahren. Der Common Market bekam seinen dazu passenden Überbau – European Governance.

Zum dritten Handlungsstrang entpuppte sich nach kurzer Zeit die Schaffung der Euro-Zone. 1999 führten elf Länder innerhalb der EU den Euro als Buchgeld ein. Dies könnte zunächst als ein retardierendes Moment innerhalb unseres Mega-

Musters gesehen werden. Gelang es doch einem Kern von Europäern, den Euro gegen den Widerstand von Global Governance einzuführen, das darin eine Konkurrenzwährung zum Dollar und damit eine neue Barriere gegen die Schaffung einer privaten Weltwährung sah (Paul Volcker, Robert Mundell). Den globalen Kräften gelang aber zügig, diese europäische Sonderentwicklung auf den alten Pfad zurück zu zwingen. Dabei kam ihnen zupass, dass die Eurozone von Anfang an eine Fehlkonstruktion war.

Das klassische Währungssystem setzt eine weitgehende ökonomische wie politische Homogenität seiner Teilnehmer voraus. Der Staat baut das Fundament des Währungs- und Geldsystems und wacht mittels eines Zentralbanksystems über die Geldwertstabilität. Er zielt immer auch über seine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf den Zusammenhalt aller Teilnehmer.

Ganz im Gegensatz dazu die Euro-Zone. Die ist Subsystem einer Europäischen Union, die seit 50 Jahren nicht auf die Bändigung, sondern auf die Stärkung der Fliehkräfte setzt. European wie Global Governance setzten folglich diese Basislinie in kürzester Zeit auch wieder in der Euro-Zone um. Wie oben von der New York Times gezeigt, bauten sie schon 2001 die Zeitbombe Griechenland in das Währungsgebiet ein. Vier weitere Länder wurden in den folgenden Jahren aufgenommen – Slowenien, Malta, Zypern, Slowakei. Mit dieser Veränderung der Statik des Fundamentes wurde der jetzige Angriff auf den Euro dramatisch vorbereitet.

III. Die systemische Einordnung des Angriffs auf die EURO-Zone

Alle fünf Handlungsstränge zusammengenommen zeigen, wie energisch Global Financial Capital seine Vermögens- und damit Machtbasis in Europa weiter ausgebaut hat. Der Angriff auf den Euro stellt einen weiteren Schritt in einem seit dem II. Weltkrieg laufenden Prozess dar. Die jetzt zu ziehende Zwischenbilanz ergibt einen dramatischen Stand. Der Alarmknopf leuchtet rot. Wir stehen vor der Implosion des politischen Systems. Das zeigt sich an zwei gravierenden Einbrüchen.

1. Einbruch: Zentrale Bestandteile des Grundgesetzes werden aufgehoben

Die nationale Demokratie ist über 50 Jahre hinweg so ausgehöhlt worden, dass das eigentlich vorbildliche Grundgesetz von der Staatsverfassung zur Papierverfassung mutiert ist. Wir leben in einer Reste-Demokratie. Wir werden maßgeblich von außen gesteuert. Über wesentliche Angelegenheiten haben wir selbst nicht mehr zu befinden. Die massiven Durchgriffe auf unsere Finanzen belegen das.

Aus Deutschland werden an exorbitanten Garantie- und Hilfssummen bereitgestellt:

- 480 Mrd. EUR direkte Bankenrettung im Oktober 2008
- 22,4 Mrd. EUR Griechenlandrettung (indirekte Bankenrettung) im April/Mai 2010
- 148 Mrd. EUR Euro-Länder-Sanierung (indirekte Bankenrettung) im Mai 2010
- hinzu kommen die deutschen Anteile an den Hilfszusagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der ja selbst keine Einkommen generiert, sondern von Weltstaaten, gerade auch von Deutschland, finanziert wird.

Die Abgeordneten winken alle diese Maximalsummen in kürzester Frist und mit minimalen Informationen durch den Bundestag. Krass das Zeitmuster: Der Bundestag hat gerade am 7. Mai die Griechenlandhilfe beschlossen, als schon am

selben Abend das 750 Mrd.-Paket für alle notleidenden Euro-Zonen-Länder in Brüssel auf den Weg gebracht wird.

Wenn die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Renate Künast, dies so kommentiert: „Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlamentes, dies wird sich kein Bundestag nehmen lassen“, dann stellt sie die Tatsachen auf den Kopf. Das Budgetrecht ist die Königsdisziplin des Parlamentes, in der Tat. Aber dreimal wurde das Parlament gnadenlos überfahren. Dreimal wurden die Abgeordneten zur Abstimmung vorgeführt.

Das ordnet die FAZ dann doch systematischer ein: *„Es fällt schwer, dem Eindruck zu widersprechen, dass Politik, gefangen in einem Netz vor allem wirtschaftlicher Sachzwänge, von ‚den Märkten‘ so stark eingeschnürt werde, dass in Berlin, London, Paris oder Washington nur noch ein Schauspiel aufgeführt wird, das demokratische Selbstbestimmung simuliert“* (Günther Nonnenmacher, FAZ-Archiv, 15. Juni 2010).

2. Einbruch: Das Völkerrecht wird gebrochen

Wenn schon das Grundgesetz ohne weiteres aufzuhebeln ist, geht das beim Völkerrecht natürlich noch einfacher. Durch die beiden Rettungspakete von Mai 2010 ist handfest über Nacht die gesamte Statik des Fundamentes des europäischen Vertragswerks verschoben worden.

Die europäischen Grundlagenverträge verbieten die Haftung eines Landes für die Schulden eines anderen in der EU. Im Vertrag über die Arbeitsweise der EU ist eine Nichtbeistandsklausel (No-bail-out) explizit enthalten. Außerdem ist dort ausdrücklich der unmittelbare Erwerb von Schuldtitel durch die EZB untersagt. Die Euro-Währungszone ist als Stabilitätsgemeinschaft gegründet worden. Sie jetzt in eine Transferunion und Haftungsgemeinschaft umzuwandeln, ist rechtswidrig.

Es geht hier nicht um Beiläufigkeiten. Es geht um den Kern unserer Verfassung.

Den kann die Kanzlerin *allein* nicht verändern - und schon gar nicht über Nacht.

Die Aufgabe des Budgetrechts des Parlamentes ist ohne eine Verfassungsänderung mit 2/3-Mehrheit nicht zulässig (Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek, Freiburg).

Falsch verstandenes Staatsverständnis wäre, die Feststellung dieses Tatbestandes sei alleine dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten. Vielmehr fordert das Grundgesetz jeden Deutschen zum Widerstand auf, wenn die Grundordnung beseitigt wird (Art. 20, Abs.4).

Die Verschiebung unserer nationalen und europäischen Rechtsordnung fand zwar in nur einer Nacht ihren vorläufigen Höhepunkt, war jedoch gut vorbereitet.

Eingestimmt wurden die europäischen Ratschefs einen Tag vor ihrer Abstimmung über eine von GFC inszenierte Machtdemonstration. Maßgebliche Akteure an Wall St. stellten zur gleichen Zeit ihre Käufe ein. Folgerichtig löste der mittelgroße Verkaufsauftrag eines normalen Marktteilnehmers einen nie gesehenen Einbruch des Dow-Jones um 1000 Punkte in wenigen Minuten aus, der schon ebenfalls Minuten später wieder beendet wurde. In Panik und Schrecken telefonierte daraufhin Präsident Obama mit BK Merkel, um diese entsprechend auf Brüssel einzustimmen. Dort traf sie auf die Kette Dominique Strauss-Kahn (als Chef des IWF ein mächtiger Vertreter von Global Governance) – Jean-Claude Trichet (als Chef der EZB ein mächtiger Vertreter von European Governance) – Nicolas Sarkozy (als Chef Frankreichs ein mächtiger Vertreter von Governance auf nationaler Ebene). Alle drei zwar Franzosen, was aber in diesem Zusammenhang allenfalls Bedeutung im Sinne

einfacherer Kommunikation hat. Sie exekutierten auch kein „französisches Komplott“, wie der SPIEGEL verschwörerisch vermutete. Geeint waren alle drei vielmehr hinsichtlich des Interesses, französischen Banken, als Teil von GFC und größtem Finanziers Griechenlands, den lange und wohlüberlegt in Szene gesetzten „Angriffskrieg“ erfolgreich zu beenden.

BK Merkel erlag diesem Druck hilflos. Dass sie als Kanzlerin des nationalen Governments ohnehin auf dem Flug von Berlin nach Brüssel üblicherweise zur Vertreterin von deutschem Governance mutiert, erreichte in diesem Fall einen ungekannten Höhepunkt. Der Angriffskrieg ging verloren.

Hätte man vermutet, die Verantwortlichen würden, nach all dem Getöse, den diese Schlacht mit sich gebracht hat, nun erst einmal Ruhe geben, täuschte man sich. Nur einen Monat später beschlossen die EU-Finanzminister im Juni auf Vorschlag der Kommission, Estland als 17. Land in die Euro-Zone aufzunehmen – Bürgerinteressen hin, Bürgerinneninteressen her.

FAZIT

1. Das Muster der langfristigen Entwicklung der Globalisierung bleibt nach dem Angriff auf die Euro-Zone nicht nur intakt. Wir stehen bereits jetzt am Rand eines Absturzes des politischen Systems.

2. Global Financial Capital hat seine beiden Hauptziele abermals erreicht: In einer wichtigen Weltregion wurde die Vermögens-, und damit die Machtkonzentration weiter ausgebaut.

3. Den nunmehr erreichten Stand in Europa muss man als dramatisch klassifizieren. Die Statik unseres Rechtsfundamentes ist weit verschoben worden, national wie europäisch:

Die Königsdisziplin des nationalen Parlaments, das Budgetrecht, wird sich in Zukunft mehr auf die kleineren Haushaltspositionen beschränken, die dann noch übrig bleiben, wenn die großen Abflüsse verbucht sind.

Über Kernelemente des mühsam ausgehandelten europäischen Vertragswerks hat man sich kaltschnäuzig hinweg gesetzt.

Aus der Politischen Klasse ist eine Admin-Klasse geworden.

4. Bürgerinnen und Bürger stehen gerupft da: Große finanzielle Opfer werden sie lange, sehr lange bringen müssen. Ihr politisches Abwehrpotential ist geschrumpft.

Was ist in dieser Situation zu tun? MacroAnalyst wird dem nachgehen.